

Entwicklungsländer und Ansteigen des Schuldendienstes der Entwicklungsländer auf inzwischen 900 Mrd.US\$ (XNA, 10.12.84).

Diesen beunruhigenden Entwicklungen stünden einige Kräfte gegenüber, die zu Optimismus berechtigten: Die beiden Supermächte setzten ihre Aufrüstung zwar fort, sähen sich aber unter dem Druck der Völker der Welt und der Mitglieder ihrer eigenen Blöcke zum Dialog gezwungen. Genannt in diesem Zusammenhang werden die Friedensbewegungen und die "Massenbewegungen für den Umweltschutz", die zu einer sich schnell entwickelnden politischen Kraft in Europa und in den USA geworden seien (RMRB, 10.1.85).

Was die Weltwirtschaftsordnung anbelangt, so würden die Regierungen der reichen Länder zu wenigstens vorläufigen Kompromissen über die Schuldenfrage gezwungen. Gewisse Fortschritte auf diesem Gebiet seien erreicht worden, nachdem die Weltwirtschaftslage sich insgesamt - gegenüber der "schwersten Wirtschaftskrise der kapitalistischen Welt nach dem 2. Weltkrieg, 1979/1982" - wieder verbessert habe. Dieser Trend sei generell auch den Entwicklungsländern zugute gekommen, die ihren BSP-Zuwachs i.J. 1984 auf 3 bis 4% hätten steigern können.

1985 werde die gegenseitige Abhängigkeit und der Kampf zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd weiterhin die Weltwirtschaftslage charakterisieren. Bei dieser komplizierten Konstellation dominierten die westlichen (nördlichen) entwickelten kapitalistischen Länder mit ihren staatlichen, privaten und multinationalen Gesellschaften nach wie vor die gesamte Weltwirtschaft. Freilich sei gegen 1986 wieder eine neue amerikanische Stagflation zu erwarten, von der dann unvermeidlicherweise auch die Länder der Dritten Welt beeinflusst würden. Aufgabe der Dritten Welt sei es, in dieser Situation den Nord-Süd-Dialog sowie die Süd-Süd-Zusammenarbeit verstärkt anzustreben. Vorbildlich für die Nord-Süd-Kooperation sei nach wie vor das Lome-Abkommen zwischen den EG- und 64 AKP-Staaten, in denen immerhin 11% der Weltbevölkerung lebten.

Die beiden auch in überschaubarer Zukunft sich am deutlichsten abzeichnenden internationalen Probleme seien die Friedensfrage und die Nord-Süd-Beziehungen. Sie seien beide von globaler und strategischer Bedeutung, beträfen die Gesamtsituation und hingen eng miteinander zusammen. Wenn der Süden weiter rückständig bleibe - welche Märkte gebe es dann noch

für den Norden?

Han Nianlong, der Präsident des Instituts des Chinesischen Volkes für Auswärtige Angelegenheiten, lenkt die Aufmerksamkeit daneben noch auf die Lage im asiatisch-pazifischen Raum. Der Schwerpunkt des Ringens der beiden Supermächte liege zwar nach wie vor in Europa, doch zeige sich eine zunehmende Verlagerung dieser Rivalität auf den asiatisch-pazifischen Raum. Hinzuweisen sei auf die beiden Brennpunkte Kambodscha und Afghanistan, auf den koreanischen Konflikt und auf die Verlagerung des sowjetischen Raketenpotentials in die asiatischen Teile der UdSSR. -we-

*(14)

1984 - ein Jahr lebhafter diplomatischer Aktivität

Am 30. Dezember 1984 gab das chinesische Außenministerium offiziell bekannt, daß China in den vergangenen zwölf Monaten von Staats- bzw. Regierungschefs aus 32 Ländern und von 31 Ministerpräsidenten bzw. Außenministern besucht worden sei. Umgekehrt habe China im gleichen Zeitraum Spitzenvertreter in zwölf Länder entsandt. -we-

*(15)

China wünscht keine neue KP-Weltkonferenz

Politbüromitglied Ni Zhifu, der am XXV. Parteitag der KPCh (6.-10.2.85) in Paris teilnahm, ließ bei einer Pressekonferenz am 29. Januar 1985 in Beijing verkünden, daß die KPCh von der Einberufung einer neuen Weltkonferenz der KPs "unter den gegenwärtigen Umständen" nichts halte. Eine solche Konferenz könne nur dazu führen, die Unterschiede zu verschärfen und die Risse in der internationalen kommunistischen Bewegung zu vergrößern. Sie wäre auch schädlich für die Erhaltung des Weltfriedens (XNA, 29.1.85). Früher schon hatte China bekanntgegeben, daß Organisationen a la Komintern oder Kominform oder aber im Stile der bisherigen "Beratungskonferenzen" nicht mehr sinnvoll seien. Im Hintergrund stand dabei die Opposition gegen die Priorität einer "Vaterpartei". Für das hierarchisch denkende China kann es - wenn überhaupt - nur einen Führer geben - und dies wäre die KPCh. Der Gedanke, daß die KPdSU sich erneut die Rolle eines Primus inter pares anmaßen könnte, erscheint den Chinesen in der heutigen Situation unerträglich. Insofern ist der Hinweis auf eine mögliche Verschärfung bereits vorhandener Konflikte durchaus zu verstehen. -we-

INNENPOLITIK

*
*
* * * * *

*(16)

Hu Yaobang warnt vor "blindem Optimismus" und "internen Auseinandersetzungen"

Vor "blindem Optimismus" und "internen Auseinandersetzungen" warnte ZK-Generalsekretär Hu Yaobang in einer Rede vor über 400 Absolventen der ZK-Parteischule am 19. Januar 1985. Insgesamt bezeichnete er jedoch die Ausgangslage für 1985 besser als für 1984. Hu nannte drei günstige Bedingungen für 1985:

1. Die Partei sei geeinter, und die ideologische Basis sei besser als jemals zuvor.
2. Die materielle Basis für den sozialistischen Aufbau sei weiter gestärkt worden.
3. Im Gegensatz zur Situation vor zwei oder drei Jahren habe man nun ein klareres Konzept für die wirtschaftliche Entwicklung.

Gleichzeitig warnte Hu Yaobang vor Nachlässigkeit und blindem Optimismus bezüglich der KPCh-Führungsarbeit und der Leitideologie. Die Mitglieder der Parteikomitees dürften in ihren diesbezüglichen Bemühungen nicht nachlassen und müßten noch bessere Arbeit leisten.

In einem Rückblick auf die fast 36jährige Geschichte der Volksrepublik China beklagte Hu, daß davon 20 Jahre (d.h. von 1957 bis 1976; Anm. d.Verf.) durch die ultralinke Politik, "den Klassenkampf als Hauptkettenglied zu betrachten", verlorengegangen seien. Hieraus müßten, so Hu Yaobang, für die Zukunft zwei Lehren gezogen werden:

- Erstens dürfe man den Sozialismus nie mehr dahingehend entstellen, daß man meine, man sei um so sozialistischer, je ärmer man sei.

- Zweitens dürfe man nicht mehr interne Auseinandersetzungen vom Zaun brechen, "denn damit werden wir uns nur selbst zermürben und unsere finanziellen Ressourcen erschöpfen".

(Nach Liaowang, 18.2.85, in: Jiefang Ribao, 19.2.85, zit. nach SWB, 1.3.85) -sch-

*(17)

"Neuartige falsche Tendenzen" im Zentrum der Kritik der Parteizentrale - Kader nutzen Wirtschaftsreform für eigene Zwecke
Mit sogenannten "neuartigen falschen Tendenzen" (xin de buzheng

zhi feng), die im Verlauf der Wirtschaftsreform aufgetreten sind, befaßten sich die Mitglieder der Zentralen Disziplinungskontrollkommission der Kommunistischen Partei Chinas in den letzten drei Monaten (Dezember 1984-Februar 1985) mehrfach. Jedes Mal forderten die obersten Hüter von Ordnung und Disziplin eindringlich eine rigorose Bekämpfung dieser "neuartigen falschen Tendenzen" (RMRB, 7.12.84, 11.1.85, 28.1.85, 9.2.85 u. 1.3.85). Dabei handelt es sich im wesentlichen um den Machtmißbrauch einzelner oder mehrerer Partei- und Staatsfunktionäre für die eigenen materiellen Interessen. Im Zentrum der Kritik stehen jene politischen Organe und Funktionäre, die mit von ihnen eigens hierfür gegründeten Handelsgesellschaften Spekulationsgeschäfte mit Mangelwaren betreiben. Das ZK-Organ "Volkszeitung" und die Provinzrundfunksender veröffentlichten in den letzten Wochen eine Vielzahl von Beiträgen zu diesem Thema.

Die massive Kritik an den während der Wirtschaftsreform aufgekommenen "falschen Tendenzen" innerhalb der eigenen Reihen geht zurück auf entsprechende Beschlüsse der Parteizentrale von Anfang Dezember 1984. Das Zentralkomitee der KP Chinas setzte hierzu das ZK-Dokument Nr. 27 parteiintern in Umlauf, und die Zentrale Disziplinungskontrollkommission veröffentlichte am 5. Dezember 1984 ein "Rundschreiben über die entschiedene Bekämpfung von falschen Tendenzen, die unter den neuen Bedingungen zutage getreten sind" (RMRB, 7.12.84 u. 3.2.85). Aus der Vielzahl von Berichten und Kommentaren zu diesem Thema lassen sich die folgenden 15 "neuartigen falschen Tendenzen" herauskristallisieren, die im Rahmen der Wirtschaftsreform entstanden sind und die nach dem Willen der Parteizentrale entschieden bekämpft werden sollen:

1. Staats- und Parteiorgane sowie Staats- und Parteikader betreiben Spekulationsgeschäfte mit Hilfe eigens hierfür von ihnen gegründeten Handelsunternehmen.
2. Unternehmen erhöhen willkürlich die Preise für Gebrauchsgüter und wirken auf diese Weise einer stabilen Preissituation entgegen.
3. Unternehmen zahlen zuviel Prämien und Zuschüsse und verteilen zu viele Geschenke (wie z.B. Kleidung) an ihre Belegschaft.
4. Die Bewirtung und die Verteilung von Geschenken auf öffentliche Kosten hat bei vielen Einheiten erschreckend zugenommen.
5. Unternehmen erhöhen willkür-

lich die Löhne bzw. gruppieren Arbeiter und Angestellte in höhere Lohnstufen ein.

6. Funktionäre werden zu schnell und ohne Berücksichtigung der vier von der Zentrale festgesetzten Auswahlkriterien für Kader befördert.
 7. Einheiten und Funktionäre verbreiten übertriebene bzw. falsche Erfolgsmeldungen.
 8. Kader beteiligen sich mit unerlaubten Mitteln (wie z.B. Erpressung) an profitablen Privatunternehmen, erzwingen die Beschäftigung von Familienangehörigen und/oder verlangen ungesetzliche Sonderabgaben.
 9. Funktionäre erpressen spezialisierte Haushalte und Privatunternehmen und verdrängen sie sogar in manchen Fällen durch Gründung eigener Kaderunternehmen.
 10. Funktionäre nutzen die Reprivatisierung der landwirtschaftlichen Produktion, um sich Staats- und Kollektiveigentum anzueignen.
 11. Staats- und Parteiorgane mißbrauchen Gelder für den Bau oder Kauf von Häusern für Funktionäre.
 12. Eine Reihe von Unternehmen betreiben Steuerhinterziehung.
 13. Einheiten geben Lotterielose für verschiedene Zwecke aus, und Unternehmen werben für ihre Produkte mit Hilfe von Preisausschreiben.
 14. Aus Profitgier werden eine Reihe von "ungesunden" (d.h. pornografischen; Anm. d. Verf.) Zeitschriften herausgegeben.
 15. Anweisungen und Verbote der Zentrale im Zusammenhang mit den erwähnten "neuartigen falschen Tendenzen" werden von den Funktionären der unteren Ebene nicht befolgt.
- (RMRB, 19.1.1985, 28.1.85, 9.2.85, 26.2.85, 1.3.85 u. 2.3.85; Xinhua, 8.12.84, nach SWB, 11.12.84; Xinhua 14.2.85, nach SWB, 21.2.85)

Im Zentrum der Kritik stehen Partei- und Staatsorgane sowie Funktionäre, die Handelsfirmen gegründet haben, um quasi auf legale Weise Spekulationsgeschäfte mit Mangelwaren abwickeln zu können. Unter dem Deckmantel verschiedener "Gesellschaften" (gongsi), die in etwa vergleichbar sind mit unseren offenen Handelsgesellschaften (chin. Fachterminus: hehuo), kaufen sie unter Einsatz ihrer amtlichen Vollmachten und Beziehungen staatlich rationierte Güter zu günstigen Preisen auf und verkaufen diese dann gewinnbringend weiter. Ein von Funktionären betriebenes Handelsunternehmen in der Stadt Dandong (Provinz Liaoning) kaufte z.B. ein bestimmtes Stahlprodukt für 700 Yuan RMB pro

Tonne ein und verkaufte diesen Stahl dann für 1.320 Yuan RMB pro Tonne weiter (RMRB, 10.2.85).

Die von Funktionären betriebenen Handelsunternehmen werden bisweilen auch als "Handtaschenfirmen" (pibao gongsi) bezeichnet, weil sie oft nur auf dem Briefkopf existieren und weil ihre Geschäftsausstattung bisweilen nur aus einer Aktentasche besteht - die Geschäfte der "Handtaschenfirmen" werden nämlich offensichtlich von den Amtsstuben ihrer Kader-Gesellschafter aus abgewickelt. (RMRB, 3.2.85)

Seit Mitte 1984 sind Tausende solcher bürokratenkapitalistischer Handelsunternehmen im ganzen Land entstanden. Allein in der Provinz Liaoning gab es Ende Januar 1985 mindestens 900 Handelsgesellschaften, die von Organen oder Funktionären von Partei und Staat betrieben wurden. Die mittlerweile wieder aufgelöste "Shenhe-Haupthandelsgesellschaft" im Stadtbezirk Shenhe in der Stadt Shenyang war ein Beispiel von vielen: Sie wurde von der Stadtbezirksregierung ins Leben gerufen und betrieben, und an ihr waren nicht weniger als 263 Funktionäre mit insgesamt 194.000 Yuan RMB beteiligt. Vorstandsvorsitzender war der mächtigste Kader des Stadtbezirks: der Parteisekretär von Shenhe. Den Posten des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden hatte der Leiter der Wirtschaftsplanungskommission von Shenhe eingenommen. Wie hoch die Gewinne solcher Unternehmen liegen können, zeigt das Beispiel der "Gesellschaft für wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit" der Eisen- und Stahlstadt Anshan. Die von der lokalen Wirtschaftskommission betriebene Handelsgesellschaft hätte mit dem Verkauf von 10.000 t Stahl und Roheisen, die sie bereits vom Stahlwerk von Anshan günstig bezogen hatte, rund 440.000 Yuan RMB Gewinn machen können - wäre sie nicht vorher auf Geheiß der Disziplinungskontrollleure der Partei aufgelöst worden. Die Rechnung der Anshaner Eisen- und Stahlhütte in Höhe von 2,54 Mio. Yuan RMB hatte die Handelsgesellschaft übrigens bereits beglichen. Angesichts dieser vergleichsweise hohen Summe scheint es denkbar, daß die Beamten ihr Privatgeschäft mit öffentlichen Mitteln vorfinanzierten. (RMRB, 26.1.85)

Auch in der Chinesischen Volksbefreiungsarmee fanden die lukrativen "falschen Tendenzen" offenbar durchaus Anklang: In der Militärregion Fuzhou gab es Anfang Januar 1985 noch 39 reine Handelsunternehmen in VBA-Hand - als Geschäftskapital nutzten sie die in den VBA-Fabrikationsstätten herge-

stellten Produkte. Daß man auf solcher Grundlage besonders gewinnträchtig wirtschaften kann, zeigten die 19 Handelsunternehmen der VBA-Einheiten im Provinzmilitärbezirk Fujian: Sie erzielten in dem kurzen Zeitraum von September 1984 bis Januar 1985 einen Gewinn von über 3,6 Mio. Yuan RMB. Die Unternehmen mußten mittlerweile ihre Geschäfte einstellen. (RMRB, 3.2.85)

Angesichts dieser Situation sah sich die Zentrale Disziplinarkontrollkommission veranlaßt, am 5. Januar 1985 in einem weiteren Rundschreiben erneut auf den Beschluß des Zentralkomitees und des Staatsrats von Anfang Dezember 1984 hinzuweisen, daß nämlich eine Beteiligung von Staats- und Parteiorganen sowie von Staats- und Parteifunktionären an Handelsgesellschaften strengstens verboten sei (RMRB, 11.1.85). Die schärfste Kritik an der lukrativen Verbindung von politischem Amt und Geschäft war bereits Mitte Dezember 1984 vom VBA-Organ "Jiefang Jun Bao" (Zeitung der Befreiungsarmee) geäußert worden: In einem auch von der "Volkszeitung" veröffentlichten Kommentar wurden die illegalen Geschäftspraktiken einer Reihe von Funktionären als ein schwerwiegender Verfall der Parteidisziplin gegeißelt. Dieser Amtsmissbrauch für private Zwecke stelle - so die Armee-Zeitung - ein "Zeichen der Dekadenz" und eine "Verwitterung durch kapitalistisches Gedanken-gut" dar. (RMRB, 13.12.84)

Deutliche Kritik wurde auch von ZK-Generalsekretär Hu Yaobang in einer Ansprache vor 400 Absolventen der ZK-Parteischule am 19. Januar 1985 geäußert. Hu forderte eine schonungslose Bestrafung der bürokratischen Spekulanten und warnte: "Wenn wir diese falschen Tendenzen sich ausbreiten lassen, ohne etwas dagegen zu tun, und zu lassen, daß sie überhandnehmen, dann wird unsere Partei korrupt werden." (Nach Liaowang 18.2.85, in: Jiefang Ribao, 19.2.85, zit. nach SWB, 1.3.85)

Hu Yaobang wies in diesem Zusammenhang auf die niedrigen Löhne der Funktionäre hin, ohne jedoch diese explizit als eine der Ursachen für das unter den Funktionären mittlerweile offenbar weit verbreitete Profitstreben im Handelsbereich zu bezeichnen. Hu wies darauf hin, daß man die niedrige Bezahlung für die Kader graduell verbessern werde, jedoch nicht überstürzt handeln wolle. Die Parteizentrale fordere nicht, daß die Kader "asketische Mönche" sein sollten, doch es müsse von ihnen verlangt werden, daß sie zuallererst für das Wohl des Staates und des Volkes hart arbeiteten. (Eben-

da)

Ein sehr großes Problem für die Partei- und Regierungszentrale besteht gegenwärtig offenbar darin, daß die Verbote der Zentrale bezüglich der Gründung und Führung von Handelsunternehmen durch Funktionäre und Partei- oder Staatsorgane von sehr vielen Einheiten und Funktionären auf den unteren Ebenen schlichtweg nicht befolgt und zum Teil sogar mit Gegenmaßnahmen beantwortet werden. In den Presse- und Rundfunkberichten wird der Widerstand der von dem Verbot betroffenen Funktionäre und Organe mit drei verschiedenen stereotypischen Formeln beschrieben:

- "Anweisungen werden nicht ausgeführt, Verbote werden nicht befolgt."
- "Ergreift die obere Ebene eine Maßnahme, trifft die untere Ebene eine Gegenmaßnahme."
- "Wenn Du eine Maßnahme (gegen mich) ergreifst, ergreife ich eine Gegenmaßnahme." (RMRB, 19.1.85, 26.1.85, 5.2.85, 9.2.85 u. 14.2.85)

Der Widerstand gegen das Verbot von privatwirtschaftlichen Unternehmungen durch Funktionäre und politische Organe auf den unteren Ebenen wurde in mehreren Beiträgen als eine große Gefährdung für den Erfolg der Wirtschaftsreform dargestellt (siehe RMRB, 26. u. 28.1.85). Der Ständige Sekretär der Zentralen Disziplinarkontrollkommission, Wang Heshou, bezeichnete diese Verweigerungshaltung am 8. Februar sogar als das größte Übel von allen "neuartigen falschen Tendenzen". Sie stelle das größte Hindernis für die Wirtschaftsreform dar (RMRB, 9.2.85). In der Tat könnten die massiven privaten Spekulationsgeschäfte von politischen Amtsträgern den Reformgegnern als Munition dienen, um eine erneute Rezentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsbefugnisse und eine Rücknahme der wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen im Bereich des Handels zu verlangen. Insofern besteht auch hier wieder die Gefahr, daß die Kritikwelle an privaten Handelsgeschäften von politischen Kadern und Organen von den Reformgegnern für ihre eigenen politischen Zwecke ausgenutzt wird.

Es hat den Anschein, als ob die Partei- und Regierungszentrale dem Wildwuchs der de facto privatwirtschaftlichen Handelsgesellschaften von Funktionären und politischen Organen gegenwärtig ziemlich machtlos gegenübersteht. So ergab in der Provinz Jilin eine Untersuchung der dortigen Disziplinarkontrollkommission, daß Ende Januar 1985 694 Partei- und Staatsorgane sowie 948 Partei- und Staatskader

mit Hilfe eigener Unternehmen Handel betreiben. Tatsächlich sei jedoch, so die Disziplinarkontrollkommission von Jilin, die Zahl der an privaten Handelsgesellschaften beteiligten Funktionäre wesentlich größer (Xinhua, 14.2.85, nach SWB, 21.2.85). Die Disziplinarkontrollkommission von Jilin wies damit indirekt auf verdeckte Beteiligungen mittels Strohmännern hin.

Angesichts der Möglichkeit, daß Kader und Organe mittels Strohmännern Handelsgesellschaften gründen und betreiben können, erscheinen die Bemühungen der Parteizentrale, der Geschäftemacherei ihrer politischen Beamten ein Ende zu setzen, wenig aussichtsreich. Daß es im Verlauf der Wirtschaftsreform zu den beschriebenen Erscheinungen gekommen ist, kann kaum überraschen. In einem politischen System, in dem die Parteisekretäre in allen gesellschaftlichen Bereichen letztlich die entscheidende Macht haben, ist es geradezu systembedingt, daß wirtschaftliche Liberalisierungsmaßnahmen auch und gerade von den Mitgliedern der Klasse der Führungskader (Nomenklatura) für ihre eigenen privaten Zwecke ausgenutzt werden. Insofern sind die von der Parteizentrale beklagten "falschen Tendenzen" auch nicht mit Appellen an die sogenannte "Parteidisziplin" zu beseitigen, sondern nur durch eine wirkliche Einschränkung der Macht der Parteiorgane und der Parteifunktionäre sowie durch eine wirkliche Gewaltenteilung zwischen Politik und Wirtschaft. Dies würde jedoch auf die Aberkennung des absoluten Führungsanspruchs der kommunistischen Partei Chinas hinauslaufen und liegt deshalb im Interesse von keiner der Fraktionen und Gruppen innerhalb der kommunistischen Führungsschicht. -sch-

*(18)

Führender Parteitheoretiker befürwortet Konvergenz der Systeme

In einem Gespräch mit dem Korrespondenten der französischen Tageszeitung "Le Monde", Patrice de Beer, hat sich der Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus und für Mao-Zedong-Ideen, Su Shaozhi, indirekt für die Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus ausgesprochen. Su erklärte u.a.: "Wir müssen die positiven Elemente (des Kapitalismus) übernehmen, genauso wie der Kapitalismus die positiven Elemente des Sozialismus übernehmen kann, wie man das z.B. in Frankreich mit der Planung macht." (Le Monde, 8.2.85) Allerdings, so schränkte Su ein, seien die Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit und die moralische Krise im Kapitalismus nur durch eine Veränderung des kapitalistischen Gesellschaftssystems möglich. Da-

bei bezeichnete Su Shaozhi das Privateigentum an den Produktionsmitteln als die Wurzel aller kapitalistischen Übel. -sch-

*(19)

Absicherung der politischen Kontinuität durch Verjüngung der politischen Führung

Als eine wichtige Maßnahme zur "Absicherung der Kontinuität unserer gegenwärtigen Politik" hat der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Beraterkommission, Bo Yibo, die Verjüngung der politischen Führung bezeichnet (DGB, 5.2.85). In einem Gespräch mit einem Mitarbeiter der Hongkonger KPCh-Zeitung "Da Gong Bao" kündigte Bo Yibo an, daß auf der nationalen Delegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei Chinas im September dieses Jahres eine Reihe von jüngeren Kadern im Alter zwischen 30 und 50 Jahren ins Zentralkomitee nachgewählt werden sollen.

Bo Yibo warnte gleichzeitig vor der Beförderung von Anhängern des radikalen maoistischen Entwicklungskonzepts (offizielle Verschleierungsformel: "drei Arten von Leuten") auf politische Führungsposten. In diesem Zusammenhang bestätigte Bo Yibo, daß die große Mehrzahl der Rotgardisten und die meisten Mitglieder der kulturevolutionären Massenorganisationen "gute" Menschen seien und nicht zu den "drei Arten von Leuten" gezählt werden dürfen (vgl. C.a., Dez. 1984, Ü 13).

Erneut betonte Bo Yibo, daß sich der gegenwärtige Kurs nicht ändern werde. Er könne auch nicht geändert werden, denn er sei für das Volk von Nutzen und werde vom Volk unterstützt. Wer auch immer den gegenwärtigen politischen Kurs ändern wolle, verstoße gegen die Interessen des Volkes und werde auf den Widerstand der Bevölkerung treffen. (Vgl. C.a., Dez. 1984, Ü 9) -sch-

*(20)

Zentralkomitee beschloß vollständige Verjüngung der Führungsorgane der Zentrale und auf Provinzebene

In einem Gespräch mit Journalisten der Nachrichtenagentur "Neues China" und der "Volkszeitung" am 9. Februar 1985 hat ein namentlich nicht genannter "Verantwortlicher" der ZK-Organisationsabteilung einen Beschluß der Parteizentrale bekanntgegeben, der auf die vollständige Verjüngung der Führungsorgane der Zentrale und auf Provinzebene in den nächsten Monaten hinausläuft (RMRB, 11.2.85). Gemäß dem ZK-Beschluß sollen alle Führungsgremien der KPCh und der Regierung von der Provinzebene an

aufwärts noch vor dem Zusammentreten der nationalen Delegiertenkonferenz der KPCh im September d.J. ausnahmslos verjüngt werden. Bis dahin sollen alle Mitglieder der Führungsgremien von Partei und Regierung den vier Anforderungen entsprechen, die an die neue Führungsgeneration gestellt werden. Entsprechend dieser vier Anforderungen sollen die neuen Führer politisch zuverlässig, jung, gebildet und fachlich kompetent sein. Bis Ende dieses Jahres sollen auch die Führungsgremien der Wirtschaftsunternehmen entsprechend verjüngt und verbessert werden.

Der ZK-Beschluß über die Verjüngung und Verbesserung der Führungsgremien von der Provinzebene an aufwärts sieht vor, daß die bereits im Frühjahr 1982 beschlossenen Pensionsgrenzen von 65 bzw. 60 Jahren nun endlich eingehalten werden sollen (ebenda; vgl. C.a., März 1982, S.127). Darüber hinaus beschloß das ZK der KPCh eine Ruhestandsgrenze für Berater und für Führungsmitglieder der Volkskongresse und der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes auf Provinzebene: Sie dürfen ab sofort nicht älter als 70 Jahre alt sein. - Es bleibt wie immer abzuwarten, inwieweit die Beschlüsse der Parteizentrale auch wirklich ausgeführt werden. -sch-

*(21)

"Rote Fahne" zur Entdogmatisierung des Marxismus

In einem längeren Artikel über dialektische Beziehungen im politischen Leben ging die Redaktion des ZK-Theorieorgans "Rote Fahne" auch auf die jüngst von der "Volkszeitung" vorangetriebene Entdogmatisierung des Marxismus ein (siehe hierzu ausführlich C.a., Dez. 1984, S.722-725). In dem auch von der Volkszeitung am 1. Februar 1985 abgedruckten Artikel heißt es hierzu u.a.:

"Die grundlegende Theorie des Marxismus über die Geschichte der Menschheit und über die kapitalistische Gesellschaft ist zwar korrekt, doch mit den verschiedenen Vorstellungen von Marx, die sich dieser zu seiner Zeit über die sozialistische Gesellschaft machte, verhält es sich nicht ganz so ... Einige seiner diesbezüglichen Vorstellungen, wie z.B. die Auffassung, daß der Sozialismus auf der Basis des Gemeineigentums an Produktionsmitteln aufgebaut werden muß, sind natürlich richtig. Aber er hat sich z.B. nicht vorstellen können, daß es unter sozialistischen Bedingungen eine Warenwirtschaft geben kann - dies steht in völligem Gegensatz zu unserer gegenwärtigen Praxis. Es wäre ein kapitaler Fehler, wenn man auf-

grund der Lektüre der "Kritik des Gothaer Programms" zu der Ansicht gelangte, daß das, was das Zentralkomitee gegenwärtig macht, nichts mit Marxismus zu tun habe, weil Marx dies nicht so vorhergesagt hat. Die grundlegenden Prinzipien des Marxismus sind richtig, doch auch diese grundlegenden Prinzipien müssen im Verlauf der zeitlichen Entwicklung ununterbrochen weiterentwickelt werden, denn der Marxismus ist eine Wissenschaft, und Wissenschaft kommt nie zum Stillstand. Was die verschiedenen Vorstellungen von Marx über die sozialistische Gesellschaft angeht, so kann man sie schon gar nicht zu einem Dogma erheben ..." (RMRB, 1.2.85). -sch-

*(22)

Verkauf des V. Bands der "Ausgewählten Werke von Mao Zedong" eingestellt

Der Verkauf des V. Bands der "Ausgewählten Werke von Mao Zedong" ist einem Bericht der Hongkonger KPCh-Zeitung "Da Gong Bao" zufolge eingestellt worden (DGB, 2.2.85). Zur Begründung wurde angeführt, daß der V. Band der Mao-Werke eine Reihe von Dokumenten enthielte, die "die schwerwiegenden Fehler Mao Zedongs in seinen späteren Lebensjahren widerspiegeln". Als Beispiele hierfür wurden Maos Theorie von der Fortsetzung der Klassenwidersprüche und von der Priorität des Klassenkampfes in der Periode des Sozialismus sowie Maos Konzept von der "Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats" genannt.

Der V. Band der Mao-Werke war nach Maos Tod unter der Leitung der Führer der gemäßigten maoistischen Restfraktion, Hua Guofeng und Wang Dongxing, zusammengestellt und im April 1977 veröffentlicht worden. Deshalb sei, so die Da Gong Bao, die Zusammenstellung von der "falschen 'linken' Ideologie" geprägt worden. Vor diesem Hintergrund sei es nur natürlich, daß der Verkauf nun eingestellt worden sei.

Der V. Band der "Ausgewählten Werke von Mao Zedong" in der Redaktion von Hua Guofeng enthält 70 Reden und Schriften aus den Jahren von 1949 bis 1957. Über diese Werke Maos hatte es in der Vorbemerkung des V. Bands vom 1. März 1977 noch geheißen: "Sie weisen dem chinesischen Volk den grundlegenden Kurs zur Festigung der Diktatur des Proletariats, zur Verhütung einer kapitalistischen Restauration und zum Aufbau des Sozialismus." Darüber hinaus war in der Vorbemerkung die Veröffentlichung weiterer Bände der "Ausgewählten Werke von Mao Zedong" angekündigt worden. -sch-

Verteidigung*
*

* * * * *

*(23)

Militärische Ausbildung an ausgewählten Schulen

Aufgrund einer Verfügung des Erziehungsministeriums, des Arbeits- und Personalministeriums, des Finanzministeriums und mehrerer Abteilungen der VBA soll ab September 1985 an einigen ausgewählten Hoch- und Mittelschulen militärische Ausbildung stattfinden. Diese soll zunächst versuchsweise an etwa 50 Hochschulen und etwa 100 Mittelschuloberstufen eingeführt werden. Ausgewählt werden sollen Schulen mit guter Leitung und guter Ausstattung sowie aus verschiedenen Regionen und Schulen unterschiedlicher Typen, also z.B. auch Berufsschulen. Die militärische Ausbildung wird Teil des regulären Unterrichts sein und soll für die jeweils ersten beiden Jahrgänge von Studenten bzw. Schülern gelten. Dazu gehört auch ein etwa zehntägiges konzentriertes militärisches Training in den Ferien. An den ausgewählten Schulen wird der militärische Unterricht Pflichtfach sein. Die Noten werden ins Zeugnis eingetragen. Wie ergänzend zu der Verfügung verlautete, ist das Ziel dieser Maßnahme, die Reservetruppen zu stärken und die Grundlage für die Ausbildung von Reserveoffizieren zu legen. Außerdem würden die Studenten und Schüler durch diese Ausbildung grundlegende technische und taktische Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, ihr politisches Bewußtsein und ihren Patriotismus stärken und Sinn für Organisation und Disziplin entwickeln (RMRB, 8.2.85; Xinhua, chin., 7.2.85, nach SWB, 12.2.85).

Offensichtlich ist diese militärische Ausbildung als Auszeichnung gedacht, mit der reguläre Schüler und Studenten eine zusätzliche Qualifikation erwerben können. -st-

KULTUR*
*

* * * * *

*(24)

Akademie für chinesische Kultur

In China ist eine Akademie für chinesische Kultur (Zhongguo wenhua shuyuan) gegründet worden. Zweck der Institution ist die Förderung der Forschung und Lehre über die chinesische Kultur, die Verbreitung des Erbes der chinesischen Kultur und die Verstärkung des Kulturaustausches zwischen China und dem Ausland. Initiatoren der Akademie sind namhafte ältere

Wissenschaftler, darunter der altbekannte Philosoph Feng Youlan, ferner Zhang Dainian, Ren Jiyu, Ya Hanzhang, Chen Guying und Tang Yijie, sowie eine Reihe jüngerer Professoren. Die Akademie setzt sich zum Ziel, ausländische und chinesische China-Wissenschaftler in chinesischer Kultur zu unterweisen, wobei die Unterrichtsmethoden der traditionellen chinesischen Akademien in Verbindung mit modernen wissenschaftlichen Methoden angewandt werden sollen. Mit dem Unterricht der ersten Klassen soll Anfang März begonnen werden. Es gibt Vorlesungen über chinesische Philosophie, Literatur, Kalligraphie, Musik, Drama usw. U.a. wird Feng Youlan eine Vorlesung halten (RMRB, 11.2.85). -st-

*(25)

Archiv für zeitgenössische chinesische Literatur

Anfang Februar 1985 wurde in Beijing das erste Archiv Chinas für zeitgenössische chinesische Literatur (Zhongguo xiandai wenyue guan) eingeweiht. Direktor des Archivs ist Yang Li, nach dessen Worten die Institution das größte Forschungszentrum und die größte Bibliothek Chinas für moderne chinesische Literatur ist. Das Archiv sammelt literarische Werke und Zeitschriften seit dem Jahre 1911, darunter vor allem Manuskripte berühmter Schriftsteller. So befindet sich z.B. ein großer Teil des Nachlasses von Mao Dun einschließlich seiner gesamten Bibliothek im Besitz des Archivs. Auch Ba Jin, der im Jahre 1982 die Gründung dieses Archivs angeregt hatte, hat dem Archiv bereits zahlreiche Bücher und Manuskripte gestiftet (XNA, 4.2.85; RMRB u. GMRB, 5.2.85). -st-

*(26)

Starker Anstieg der Postgraduierten-Zahlen

Im Jahre 1985 hat China einen starken Anstieg der Postgraduierten-Zahlen zu verzeichnen. In diesem Jahr bewerben sich 160.000 junge Leute, die nach dem Grundstudium ihr erstes Examen abgelegt haben, um ein Postgraduiertenstudium, das sind 22,9 Prozent mehr als im Jahre 1984. Die Auswahlprüfungen fanden vom 13.-15.2.1985 statt. Aufgenommen werden sollen nach dem Plan 64.300 Postgraduierte, das sind 62,1 Prozent mehr als 1984. Von diesen werden 29.300 drei Jahre lang auf den Magister hin studieren. Die restlichen Postgraduierten werden auf 371 Universitäten und Hochschulen, 212 Forschungsinstitute und gut 300 Postgraduiertenkurse verteilt (XNA, 15.2.85; vgl. auch GMRB, 14.2.85).

Im Jahre 1984 sollen etwa 200.000

Studenten auf den Universitäten und Hochschulen Chinas ihr Examen abgelegt haben. Das Gros der Bewerber für ein Postgraduiertenstudium rekrutiert sich aus diesen Graduierten. Daß in diesem Jahr eine so hohe Zahl von ihnen weiter studieren will, zeigt, daß sich die meisten Studenten nicht mit dem Grundstudium zufrieden geben, sondern einen höheren Wissensstand und damit auch bessere Berufschancen erwerben möchten. -st-

*(27)

Berufliche Bildung auf Sekundarschulebene

Im Zuge der Wirtschaftsreform in den Städten und auf dem Lande hat auch die berufliche und technische Bildung auf Sekundarschulebene Fortschritte gemacht. Im Jahre 1984 war die Zahl der Fachmittelschulen, landwirtschaftlichen und beruflichen Mittelschulen und der Facharbeiterschulen einschließlich der Fachmittelschulen im Bereich der Erwachsenenbildung in ganz China auf 16.900 Institutionen angestiegen. Die Zahl der im selben Jahr aufgenommenen Schüler betrug 2.220.000; insgesamt besuchten 1984 4.530.000 Schüler eine Berufsschule auf Sekundarebene. Damit hat sich unter den Schülern ganz Chinas, die die Oberstufe der Mittelschule besuchen, der Anteil derjenigen, die die verschiedenen Arten von beruflichen Mittelschulen besuchen, von 7,6% im Jahre 1978 auf 32,3% erhöht (RMRB, 17.2.85).

Aufgeschlüsselt auch den einzelnen Schultypen, ergibt sich aufgrund derselben Meldung folgendes Bild:

Im Jahre 1984 gab es in ganz China 3.301 Fachmittelschulen; das waren 211 mehr als im Jahr davor. An ihnen waren 1984 1.322.500 Schüler, das waren 179.200 mehr als 1983. Die Zahl der landwirtschaftlichen und beruflichen Mittelschulen betrug 7.002, das waren 1.521 mehr als 1983. Hinzu kamen 11.982 landwirtschaftliche und berufskundliche Klassen an allgemeinbildenden Mittelschulen, 1.945 mehr als im Jahr davor.

Trotz dieser Steigerungen hat sich auch im Jahre 1984 der Anteil der Berufsschüler unter den Sekundarschülern nicht erhöht: Nach wie vor beträgt er etwa ein Drittel. Rechnet man das große Heer derjenigen dazu, die nur die Grundschule besucht und keine Chance haben, eine berufliche Ausbildung zu erhalten, dann wird deutlich, wie schmal die Basis der beruflichen Bildung in China ist. Die Steigerungen fallen vor allem deshalb nicht ins Gewicht, weil der Druck der geburtenstarken Jahrgänge auf die Schulen immer noch sehr groß